000538

che Zähne,
fernen von Wurzeln
urzelbehandlung,
ahnoperationen
merzlos.
zahntechnisches
Institut,
Wehrenbeul 2,
r kathol. Kirche.

nen-
tzend inkl Gürtel
k versendet
ts-Bazar,
, Alleestr. 32.

00 M. an Pers.
Standes, auch
im. Angestellt.
Schuldsch. etc. geg.
Brinkmann,
Kasse Nr. (Rückp.).

Stroh
eiswürdig die
h. Bezugs- und
nossenschaft,
m b. H.
l. Bez. Köln.

rsteine.
osten Normal-
ne 10/16 und
14/16 l. und
den zu kaufen

ei Waggon-Ver-
n die Expedition
ter G. Z. 10.

Kleinfleisch
Pfg. versendet
ie für gesunde,
sortierte Ware,
30 Pfund gegen
J. Feuer-
inster i. Holst.

NOS
e, Flügel und
Ikommene Aus-
und gebraucht,
me und Pianolas
wahl empfiehlt

ACH Sohn
ooserfabrikant
daille und
üsseldorf 1902
ln
rt 1 A.
-Düsseldorf,
-London.
Umtausch, Re-
timmung wende
mehr als bar
rung des dem
en bestehenden
ose
CH.

gehühner
r und Rier-
ügel — Brut-
chenmühlen rc.
20 Jahren gut

eidenau i. W.
eisliste umsonst.

nten-Familie
macht zum
Wohnung von
Gummersbach
Umgebung.
n mit Preis-
G. Z. 12 an
viel Rtg.

der ev. Bäcker-
t mit einem
in Verbin-
Heirat.
h auch eine
übernehmen.
unter G. Z. 11
ion dies Ztg.
weck os.

ent.
figer Gegend
eineführtes
os-Geschäft
Branche ver-
Haushalt zu-
chtigen Ver-
gente unter
e Expedition
erb ten.

Fuhrhaus
Tüchtiger) sucht
ptige
eter.
unter Angabe
sub K. W.
olf Mosse,

che Streich-
sucht einen

enen
Mann
tion u. Fa-
, enthaltend
che. Kopie
ündigungs-
Expedition
er G. Z. 8.

ungsgeschäft.
für versich.
kirchen zum
Ang. u. mit
Ges. Kein
G., Köln,
a.

Gummersbacher Zeitung

Amtliches
Kreisblatt für den Kreis Gummersbach.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Verbreitetstes Tageblatt in dem industriereichen oberbergischen und homburgischen Bezirk.

Die Zeitung kostet vierteljährlich, am Postschalter abgeholt, Mk. 1,75; durch die Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2,17; durch unsere Boten Mk. 2.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Luyken in Gummersbach.

Anzeigenpreis die gewöhnliche Spaltzeile oder deren Raum 15 Pfg., oberhalb des Anzeigenstriches die Spaltzeile oder deren Raum 50 Pfg.

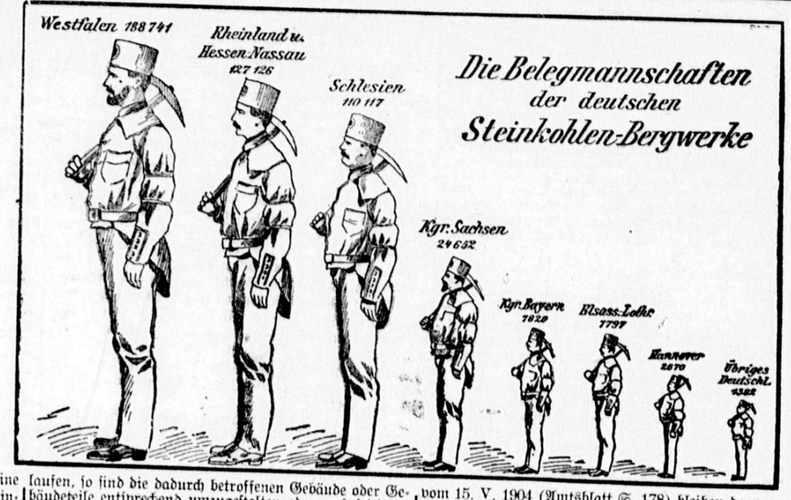
Aufgabezeit für Anzeigen spätestens 8 Uhr morgens.

Drucker und Verleger: Friedr. Luyken in Gummersbach.

Nr. 16. Donnerstag, den 19. Januar 1905.

Der Streik im Ruhrkohlengebiet hat immer weitere Kreise gezogen, und es ist zum Generalstreik gekommen, da die großen Hüttenbesitzer die Forderungen der Belegschaft nicht erfüllten. Jedenfalls steht die ganze Bewegung, die für unsere Volkswirtschaft von der höchsten Bedeutung ist, im Vordergrund des Interesses.

Wir fehlen daher nicht, unseren Lesern beistehend eine statistische Zusammenstellung üb r die Größe der Belegschaften in den einzelnen Kohlenbaugebieten des Deutschen Reiches zu bringen. Nach den offiziellen Angaben sind demnach beschäftigt in den Steinkohlenwerken der 3 Regierungsbezirke Breslau, Liegnitz, Oppeln in der Provinz Schlesien insgesamt 110 107 Mann, davon 77 490 unter Tag. Im Regierungsbezirk Merseburg sind 39 Bergleute, davon 21 unter Tag mit der Kohlenförderung beschäftigt, in Hannover 1670 und zwar 1206 unter Tag. Das eigentliche Kohlenzentrum, die Provinz Westfalen, beschäftigt 188 741 Mann in den Belegschaften und zwar 146 790 in den Gruben. Von der Gesamtzahl entfallen auf den Regierungsbezirk Münster 39 288, auf Minden 76 und Arnsberg 149 377. Im Rheinland finden wir eine Gesamtbelegschaft von 126 181, davon unter Tag 84 610. Von der Gesamtzahl entfallen mit Einschluß der Provinz Hessen-Nassau (1045) auf Düsseldorf 71 019, Trier 45 432, Aachen 9370. Für Preußen ergibt dies eine gesamte Belegschaft von 428 793 Mann. Weit geringer ist der Kohlenabbau im Königreich Bayern, es sind dort nur 7820 Bergleute beschäftigt. In Sachsen beläuft sich die Zahl der gesamten Belegschaften des Kohlenbaues auf 24 652 Mann, davon 18 278 unter Tag, in Elsaß-Lothringen auf 7797 und im übrigen Deutschland auf 1382 Mann. Nicht mitgerechnet sind in dieser Zusammenstellung die Belegschaften in den Braunkohlenwerken, die gleichfalls nicht unbeträchtlich sind und sich im deutschen Reich auf insgesamt 52 518 Mann belaufen.



Die Belegmannschaften der deutschen Steinkohlen-Bergwerke

Baupolizeiverordnung
für die Landgemeinden des Regierungsbezirks Cöln.

(Schluß.)

V. Teil
Schluß und Strafbestimmungen.

§ 33. Anwendung der Baupolizeiverordnung auf vorhandene Gebäude.

Die Vorschriften dieser Baupolizeiordnung finden außer auf Neubauten auf Veränderungen und Ausbesserungen vorhandener Gebäude Anwendung.

Bei Vornahme erheblicher Um- und Erweiterungsbauten kann die Polizeibehörde die Erteilung der Bauerlaubnis davon abhängig machen daß auch die von der Änderung nicht unmittelbar getroffenen Gebäudeteile mit den Vorschriften dieser Polizeiverordnung in Einklang gebracht werden.

Im übrigen finden diese Vorschriften dieser Verordnung auf die zu Recht bestehenden baulichen Anlagen nur soweit Anwendung, als dies ausdrücklich bestimmt ist oder es sicherheits- oder gesundheitspolizeiliche Gründe unerläßlich erscheinen lassen.

Werden durch Grenzveränderungen Verhältnisse geschaffen, die den Vorschriften der Verordnung zuwiderlaufen, so sind die dadurch betroffenen Gebäude oder Gebäudeteile entsprechend umzugestalten oder zu beseitigen.

§ 34. Ausnahmen.

Soweit im vorstehenden die Zulässigkeit von Ausnahmen von einzelnen Bestimmungen ausgesprochen und die Bewilligung derselben nicht ausdrücklich einer bestimmten Behörde übertragen wurde, ist zu deren Genehmigung die Ortspolizeibehörde zuständig.

Die Zulassung von Ausnahmen von den übrigen Bestimmungen steht nur dem Landrat zu.

§ 35. Strafbestimmungen.

Für die Innehaltung der Vorschriften dieser Bauordnung ist sowohl der Bauherr als der Bauleiter (Bauunternehmer) verantwortlich.

Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht sonstige weitergehende Strafbestimmungen, insbesondere §§ 330, 367 Z. 12—15 und 368 Z. 3—4, R.-Str.-G.-B. Platz greifen, mit einer Geldstrafe bis zu 60 M. und im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Die Hauseigentümer und Bauherren können außerdem zur Beseitigung der ordnungswidrigen Bauanlage oder baulichen Einrichtung, sowie zur Einhaltung der baupolizeilichen Vorschriften und zur Vornahme der baupolizeilich angeordneten baulichen Einrichtungen und Maßnahmen auf Grund des § 132 ff. des L.-V.-Ges. vom 30. VII. 1883 im Zwangswege angehalten werden. Insbesondere kann die dieser Verordnung zuwiderlaufende Benutzung zwangsweise verhindert und eine Bauarbeit, welche ohne Bauschein oder abweichend von demselben begonnen oder fortgeführt wird, durch Bauverbot untersagt werden.

§ 36. Inkrafttretung der Baupolizei-Verordnung.

Die vorstehende Baupolizeiverordnung tritt mit dem 1. Januar 1905 in Kraft. Die bisherige Baupolizeiordnung für das platte Land vom 6. Juni 1888 (Amtsblatt S. 218) nebst Nachtrag vom 22. September 1900 (Amtsblatt S. 398) und etwaige entgegenstehende örtliche Polizeiverordnungen treten mit diesem Tage außer Kraft; die Polizeiverordnung für Niederdollendorf vom 13. VI. 1902 (Amtsbl. S. 207) und für Bensberg vom 15. V. 1904 (Amtsblatt S. 178) bleiben dagegen in Geltung und treten insoweit die entgegenstehenden Bestimmungen des § 13 dieser Verordnung außer Kraft.

Neben der vorstehenden Baupolizeiverordnung kommen insbesondere noch folgende Vorschriften zur Anwendung.

a) für gewisse gewerbliche Anlagen §§ 16 ff. der Reichsgewerbeordnung;
b) für Bauten innerhalb oder außerhalb von Deichverbänden oder im Hochwasserprofil der Flüsse das Deichgesetz vom 28. Januar 1848;
c) für Bauten am Rheinufer die Allerhöchste Verordnung vom 6. September 1840 und die diesseitige Polizeiverordnung vom 12. April 1853 (Amtsblatt S. 146);
d) für bauliche Anlagen in der Nähe von Eisenbahnen die diesseitige Polizei-Verordnung vom 19. August 1892 (Amtsblatt S. 393);
e) für Bauanlagen in der Umgebung von Pulvermagazinen die Allerh. Kab.-Ordre vom 5. November 1822;
f) für die Entfernung von Windmühlen von öffentlichen Wegen die diesseitige Verordnung vom 10. Februar 1862 (Amtsblatt S. 55);
g) für Anlagen in der Umgebung von Festungen das Gesetz vom 21. Dezember 1871;
h) wegen Anlegung und Veränderung von Straßen, Verbot des Bauens an unfertigen Straßen usw., Gesetz vom 2. Juli 1875.
i) für die bauliche Anlage und innere Einrichtung von Theatern, Zirkusgebäuden und öffentlichen Versammlungsräumen, die diesseitigen Pol.-Verordn. vom 21. XI. 1889 (Amtsblatt S 293) und vom 6. IV. 1891 (Amtsblatt S. 170);
k) für die Anlage, Bau und Einrichtung von öffentlichen und Privat-Kranken-, Entbindungs- und Irrenanstalten die diesseitige Polizeiverordnung vom 13. Oktober 1897 (Amtsbl. S. 362);
l) für die Anlage und den Betrieb von Brüchen und Gruben die diesseitige Polizeiverordnung vom 1. März 1901 (Amtsblatt S. 65);
m) für Arbeiterwohnungen auf Ziegeleien die Polizeiverordnung vom 22. Februar 1902 (Amtsblatt S. 64);
n) über die Beschaffenheit und Benutzung von Wohnungen die Polizeiverordnung vom 7. IX. 1899 (Amtsblatt S. 361);
o) für die Einrichtung und den Betrieb von Aufzügen (Fahrstühlen), die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 18. XI. 1899 (Amtsblatt 1900 S. 11), nebst Nachträgen (vergl. die Bekanntmachung im Amtsblatt 1903 S. 328);
p) für die bauliche Anlage von Waren- und Geschäftshäusern, in denen eine größere Menge brennbarer Stoffe aufbewahrt werden, die besonderen Bestimmungen vom 22. V. 1901, Art. 2179.

Cöln, den 10. November 1904.

Der Regierungspräsident von Balan.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 17. Januar.

Am Bundesratstisch Schatzsekretär v. Stengel: Das Haus ist schwach besetzt. Die zweite Beratung des Etats des Reichsschatzamtes beginnt bei Titel: Gehalt des Staatssekretärs.

Hermes (fr. Vpt.) bemerkt: Nicht die kleinen und kleinsten Händler sind von dem Süßstoffgesetz hart betroffen worden, sondern auch die Nebengewerbe haben Verluste erlitten; und auch diese sollten entschädigt werden. Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, eine Erhebung hierüber anstellen zu lassen. Wenn das Reich einen Produktionszweig vernichtet, so ziemt es dem Reich, anständig zu entschädigen. Daher scheint es mir nicht richtig, das Dreifache als Ablösungssumme zu zahlen, obwohl das Sechsfache in Aussicht genommen war.

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Nicht allen diesen Ausführungen kann ich mich anschließen. Zunächst muß ich bemerken, daß die Novelle von 1904 darauf hinausging, den kleinen Händlern entgegenzukommen. Wir haben jetzt ein Rundschreiben erlassen, worin die Einzelstaaten ersucht werden, den kleinen Händlern nahe zu legen, ob sie ihre Bestände nicht zu einem gewissen Preise an das Reich verkaufen wollen. Aber ich meine, die Händler, die kurz vor dem Inkrafttreten des Gesetzes große Mengen, 30 Mal so viel, — Süßstoff als im Jahre 1902 vom Auslande einführten, können keine Prämien erhalten. Sie hatten dreiviertel Jahr lang Zeit, sich auf das Gesetz vorzubereiten, und trotzdem tragen sie die Schuld daran, daß viele kleine Händler sich mit bedeutenden Quantitäten Süßstoffen versahen. Darum kann ich die Verantwortung für ihre Entschädigung ohne gesetzliche oder Etatunterlage nicht übernehmen. Zudem ist zu bemerken, daß der Preis des Sacharin eine sinkende Tendenz hat. Damit haben Händler wie auch Fabrikanten rechnen müssen. Indessen kann ich mich, wenn man einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen wünscht, diesem Wunsch nicht verschließen.

Hermes (fr. Volksp.): Für Spekulanten bin ich nicht eingetreten, aber ich meine, daß durch das Süßstoffgesetz einer Menge Leute ihre Existenz untergraben worden ist, und diese Leute sollte man billiger Weise entschädigen, sonst wird eine Reihe Fabriken eingehen müssen.

Spahn (Ztr.) beantragt, eine zum Reichsamt des Innern eingebrachte Resolution Hitze hier mit zur Besprechung zu bringen. Die Bemessung des Wohnungsgeldzuschusses den gestiegenen örtlichen Wohnungsmietpreisen entsprechend, unter besonderer Berücksichtigung derjenigen, die mit Familienangehörigen einen Haushalt führen, neu zu regeln.

Das Haus nimmt diesen Antrag an.

Kirsch (Ztr.) wünscht eine Änderung des Münzgesetzes in ein anderes Amt einkommen. Nur die eine Arbeit — will ich noch auf mich nehmen: — die Abrechnung mit dem Schurken."

„Und die Genugtuung für —"

Der Staatsanwalt fiel Metsch ins Wort.

„Ja. Auch die. Und zuerst. Geben Sie Nachricht nach Deepenhagen, Herr Inspektor — wenn Sie zugegen sein wollen. Morgen nachmittag. Die vorläufige Entlassung wird noch heute — beschlossen werden."

Er bot Metsch abgespannt die Hand.

„Auf Wiedersehen — in Rendsburg."

18. Kapitel.

Am nächsten Tage, an dem die Entlassung Hingsts aus der Kerkerhaft stattfinden sollte, brachte das Kieler Hauptblatt einen sensationellen Artikel, der auf Mitteilungen fußte, die Metsch mit behördlicher Genehmigung einem Mitarbeiter des Blattes gemacht hatte. Und der Telegraph trug den Namen Dabis Hingst und die Meldung von seiner überraschend ans Licht gekommenen schuldlosen Verurteilung und jahrelangen Internierung nach allen Richtungen der Windrose auseinander.

Der Telegraph spielte auch nach Rendsburg und veranlaßte ein Extrablatt, das gierig gekauft wurde und selbst in der kleinen Provinzstadt bald eine mehrhundertköpfige, erregte Menge vor das Zuchthaus lockte.

Die herbeigerufene Polizei bemühte sich vergebens, die immer noch anwachsende Menge auseinanderzusprengen; alles, was sie zu erreichen vermochte, war eine Zurückdrängung der Massen auf eine Respektentfernung und die Abwehr einer etwaigen Belästigung der ausgestellten militärischen Posten.

Um die Mittagszeit schwoll die Ansammlung vorübergehend durch hinzuströmende Arbeiter fast beängstigend an! aber sie flaute ohne Zutun der Polizei nach der Mittagspause wieder ab, und der das Polizeiaufgebot leitende Offizier, der schon ernste Ruhestörungen nicht für ausgeschlossen gehalten hatte, atmete erleichtert auf.

So erregt die Menge vor den öden Mauern der Strafanstalt der Entlassung des Justizopfers harrte, so gespannt warteten in einem Hotel nahe dem Bahnhof Metsch und die Deepenhagener Herren auf die telephonische Benachrichtigung, die sie zur Empfangnahme Hingsts nach der Anstalt berufen sollte.

Hansen war von Metsch am Abend vorher durch eine ausführliche Depesche unterrichtet worden, und der Assessor hatte es sich nicht nehmen lassen, sich ihm auf der Fahrt anzuschließen.

Metsch, der schon am Abend von Kiel aufgebrochen war, hatte sie auf dem Bahnhof in Empfang genommen und sie in das Hotel geleitet, in dem er übernachtet und bereits früh ein Zimmer für die Zusammenkunft bestellt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Leben um Leben.

Roman von Dietrich Theden.

89 Nachdruck verboten.

Heidmann erwies sich wie sein Bruder als ein ehrenhafter, gerader Charakter, der dem Beamten gern Rede stand. Er erinnerte sich, daß er vor Jahren mit einem, übrigens nur auf Probezeit engagiert gewesenen Buchhalter keine sehr erfreulichen Erfahrungen gemacht und deshalb den Mann auch nicht dauernd angestellt habe. Den Namen stellte er aus seinen Büchern fest: Hugo L. Holzberg. „Er kam aus England," erläuterte Heidmann, „und mochte da die Sitte angenommen haben, den ersten Vornamen auszuschreiben und für den zweiten nur den Anfangsbuchstaben zu setzen, während wir in Deutschland ja meist alle Vornamen ausschreiben oder sie gleichmäßig abkürzen." Die Zeit des Engagements fiel tatsächlich in die des Mordes.

„Würden Sie den Mann wieder erkennen?" forschte Metsch.

Der Spediteur glaubte es.

„So kommen Sie morgen nach Kiel," bat Metsch und erörterte den Zweck der Konfrontation und ihre Wichtigkeit, ohne den Verdächtigen ausgesprochen mit der alten Deepenhagener Affäre in Verbindung zu bringen.

Heidmann kam dem Wunsche entgegen und versprach, sich gegen mittag im Landgerichtsgebäude bei dem Staatsanwalt melden zu wollen.

Metsch arbeitete die halbe Nacht an einem ergänzenden Berichte und wartete am andern Mittag auf das Eintreffen des Spediteurs. Auf Wunsch des Staatsanwalts mußte Heidmann in ein Nebenzimmer treten.

„Wo haben Sie sich im April vor drei Jahren aufgehalten?" fragte der Staatsanwalt den vorgeführten Gefangenen.

„In England und Amerika," kam die Antwort.

„Nicht in Deutschland?"

Dierssen leugnete.

„Deutschland ist groß," fuhr der Staatsanwalt fort. „Kennen Sie Neumünster?"

„N — nein —"

„Kennen Sie den Spediteur Heidmann?"

Stockendes Leugnen.

„Haben Sie sich einmal Hugo L. Holzberg genannt?"

„N — nein —"

Auf einen Wink ließ Metsch den Spediteur ein und dem Leugner gegenübertreten. Die Wirkung der Überrumpelung übertraf die Erwartungen. Der Spediteur erklärte mit Festigkeit, daß der ihm gegenüber Gestellte und sein ehemaliger Buchhalter Holzberg ohne Frage identisch seien, und der Überführte gab sich plötzlich offenbar auch selbst verloren und legte im weiteren Verlaufe des Verhörs ein uneingeschränktes Bekenntnis ab, das auch den Mord auf dem Moor mit einbezog.

Tiefe Falten legten sich ihm währenddes über die Stirn, seine Farbe verwandelte sich in ein altes, fahles, krankhaftes Grau, und die Augen schienen förmlich in die Höhlen zurückzusinken. Auch in der erschlafften Haltung prägte sich etwas Schlotterndes, Gebrochenes, das den etwa Fünfunddreißigjährigen fast greisenhaft alt und verwüstet erscheinen ließ, und nur der Ausdruck des unnatürlich gedunkelten Augenpaares erhellte sich zeitweilig zu einer lauernden und stechenden Tücke.

„Haben Sie den Offizier," fragte der Staatsanwalt nach Entlassung des Spediteurs, „mit demselben Gewehr erschossen, das Ihnen jetzt abgenommen wurde?"

„Nein. Ich habe es in Hamburg neu gekauft."

„Das Kaliber ist also zufällig dasselbe, wie bei dem früheren Kugellauf?"

„Ja. Ich hatte nicht darauf geachtet."

„Haben Sie dem Leutnant auf dem Moor aufgelauert?"

„Nein. Ich lenkte seine Aufmerksamkeit nahe dem Gute auf mich und flüchtete scheinbar, um ihn hinter mir herzulocken. Das gelang mir. Als ich allein mit ihm auf dem Moor war, drehte ich mich um und schoß ihn nieder."

„Sie erzählen das, als ob Sie ein Stück Wild erlegt hätten!" betonte der Staatsanwalt gereizt.

„A bah! Ich habe in Australien im Busch gelebt. Da galt ein Leben so viel Blei, als zu der Kugel nötig war —"

„Sie haben den Toten beraubt?"

„Ja. Das war nebensächlich."

„Und die Wertsachen versetzt?"

„Ja."

„In der Kleidung eines Försters?"

„Ja."

„Versetzten Sie auch die Manschetten?"

„Nein. Eine hatte ich verloren; die andere warf ich auf dem Wege, nahe bei der Försterei, fort."

„Wollten Sie den Verdacht dadurch auf den Förster ablenken?"

„Das war mir gleichgültig."

„Trugen Sie nicht zu dem Zwecke auf dem Leihamt die Uniform?"

„Nein, die sollte mir eine lange Prüfung des Auswei es ersparen."

„Woher hatten Sie den Steuerzettel?"

„Von einem Kollegen bei Heidmann."

„Sie hatten ihn gefälscht?"

„Ja."

„Wie verhält es sich mit den Zeugnissen, die Sie bei Blunck in Reickendorf eingereicht hatten?"

„Ich bin Farmer gewesen und kenne den Holzhandel etwas. Die Zeugnisse sind — Mumpitz."

Dierssen fand eine cynische Haltung, in der er die Bemerkung des Staatsanwalts: „Also alles falsch bei Ihnen!" höhnisch erwiderte:

„Jawohl, selbst die Haare und die Karten."

„Sind Sie Spieler?"

„Falschspieler."

„Lebten Sie davon?"

„Hauptsächlich."

„Wußte Ihre Frau darum?"

„Das — gehört nicht hierher."

„Und Ihre Kinder?"

„Ich gebe keine Antwort."

„Haben Sie Kinder? Und wie alt sind sie?"

Der Gefragte schwieg, aber aus den tiefen Augenhöhlen brach ein phosphoreszierendes Leuchten.

„Hat Ihr Familienleben wirklich noch einen Zug von Menschlichkeit in Ihnen bewahrt?" fragte ihn der Staatsanwalt aufreizend.

Dierssen lachte stoßweise.

„Ich habe gelesen, daß Sie einen Unschuldigen von Rechts wegen ins Zuchthaus geschickt haben — ist das menschlich?" fragte er schreiend.

„Sie werden einen andern Weg gehen!" hob der Staatsanwalt drohend hervor.

„Das werde ich!" höhnte Dierssen.

Der Staatsanwalt hatte, ohne dem Untersuchungsrichter vorzugreifen, nur das Notwendigste fragen wollen. Nur auf das Bekenntnis des Verbrechers, daß er von der Verurteilung des Unschuldigen gelesen habe, kam er noch kurz zurück.

„Sie wußten darum und schwiegen?" fragte er.

„War das meine Sache?" höhnte Dierssen. „Den Erschossenen habe ich auf dem Gewissen, den unschuldig Verurteilten Sie! Ich wurde zum Mörder um meines Vorteils willen, Sie sind's von Amts wegen!"

Der Staatsanwalt brach ab, ließ den Gefangenen fortführen und blätterte in den dickleibigen Akten, in denen er schon von früh an gestöbert und gearbeitet hatte.

„Ein Punkt nach dem andern hinfällig geworden — murmelte er halb für sich, halb zu Metsch. Nur eines allenfalls noch unaufgeklärt — jetzt ein Nebensächliches. Der Schuß — auf dem Moor — ist tatsächlich gefallen: Warum hat — jener geleugnet, daß er ihn gehört —? Oder hat er ihn wirklich nicht vernommen? Und welcher Zufall spielte dann da mit? Aber gleichviel. Was nützt das Grübeln jetzt noch? — Ich werde um meine — Ver-

gesetzes. Namentlich sollten die 50 Pfennigstücke eine andere Gestalt erhalten. Mit der Resolution bezwecke seine Partei, den geänderten Handelsverhältnissen Rechnung zu tragen. Auch in Preußen habe seine Fraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Arendt (Rp.) kann die Resolution Hitze nur unterstützen, aber wenn das Zentrum finanzielle Aufwendungen für den Wohnungsgeldzuschuß wolle, dann dürfe es sich auch den Vorschlägen des Schatzsekretärs zur Erhöhung der Einnahmen nicht entziehen. Ich freue mich der Tätigkeit des Herrn Schatzsekretärs und hoffe auch, daß es ihm gelingen wird, die Reichsfinanzen einer Besserung entgegenzuführen. Aber ich glaube, daß dies durch einzelne Maßnahmen nicht zu erreichen ist. Allerdings ist an der finanziellen Not die Regierung nicht unschuldig, da sie die Handelsverträge nicht gekündigt hat, wie wir es verlangten. Aber gleichviel, wir befinden uns in einem großen wirtschaftlichen Aufschwung und dieser wird die 1 Million für die Aufbesserung des Wohnungsgeldzuschusses leicht ergeben. Was die Münzverhältnisse angeht, so meine ich, das Reich sollte eine Schillerdenkmünze prägen zum Andenken an unsern größten Dichter. Ferner möchte ich den Schatzsekretär bitten, das ihm vorliegende Material über die Talerfrage uns vorzulegen, damit wir hierüber uns ein Urteil bilden können. Er schließt: Ich glaube, den Taler beizubehalten, würde sich mehr empfehlen, als ein Fünfmarkstück in der Größe des Talers auszugeben.

Staatssekretär v. Stengel erklärt: Die Vorarbeiten zur Münznovelle über die 50 Pfennigstücke sind soweit gefördert, daß in den nächsten Wochen dem Hause ein Entwurf zugehen wird, nach dem die Stücke die Prägung „3 Mark" tragen werden. Die Erhebungen über die Taler-Frage sind noch nicht abgeschlossen. Währungspolitische Bedenken habe ich gegen die Ausprägung einer Schiller-Denkmünze nicht; aber ich bemerke, daß dies 300 000 M. Kosten verursachen würde. Wenn indes die Anregung in einem Initiativantrag ausgesprochen wird, würden nach meiner Ansicht die verbündeten Regierungen keinen Einspruch erheben. Eine Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses beabsichtigen wir mit Wirkung ab 1. April 1906. Um diese in geordneter Weise durchzuführen, ist aber notwendig, daß die Haltung des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses übereinstimmen.

Bliell (fr. Volksp.): Die Taler kehren immer wieder an die öffentlichen Kassen zurück, ein Beweis der Unbeliebtheit.

Itschert (Ztr.) bittet um Mitteilung der Grundsätze, nach denen die Bedürftigkeit der Kriegsteilnehmer festgestellt werde.

Müller-Sagan (fr. Vp.) erklärt sich mit der Tendenz der Resolution Hitze einverstanden. Was die Denkmünzen angeht, so meine ich, wir haben nun schon eine Denkmalsseuche, warum noch eine Denkmünzenseuche? Wir haben an einer Seuche genug. Der ganze Tiergarten ist ja schon verseucht.

Singer (Soz.): Es ist erfreulich, daß das Zentrum eine Schillerdenkmünze will, hoffentlich ist ihm das ein Ansporn, im Sinne Schillers für die Volksfreiheit zu wirken. Was die Kriegsinvalidenbeihilfe angeht, so muß ich meinen Vorwurf wiederholen, daß sie nach politischer Wohlgesinntheit bemessen werden. Für die Resolution Hitze werden wir stimmen, doch sind wir gleichfalls der Meinung, daß wir nicht auf Preußen zu achten haben. Wir wünschen, daß in der Resolution zum Ausdruck gebracht wird, daß wir die Aufbesserung nicht auf die Unterbeamten beschränken wollen wie es Preußen will, das aber gleichwohl seine Minister um 14 000 M. aufbessert.

Staatssekretär v. Stengel erklärt: Gegenüber dem Vorredner möchte ich betonen, daß bei den Kriegsinvalidenbeihilfen die politische Gesinnung niemals eine Rolle gespielt hat oder spielt.

v. Richthofen (kons.): Auch ich bin der Meinung des Staatssekretärs. Ich habe in meiner Praxis nie etwas anderes bemerkt und würde es bedauern, wenn etwas anderes vorgekommen wäre. Bis zum Beweise des Gegenteils halte ich daher die Äußerung des Herrn Singer für unerwiesen. Mit der Resolution über den Wohnungsgeldzuschuß sind wir nicht ganz einverstanden, obwohl die Berechtigung der Tendenz auch von uns anerkannt wird.

Hug (Ztr.) befürwortet die Resolution Hitze.

Arendt (Rp.) bemerkt, wenn Singer die Wohnungsgeldbeihilfe nicht nur auf die unteren, sondern auf die oberen Beamten ausdehnen will, so möge er auch die Mittel angeben, aus denen die Ausgaben gedeckt werden sollen. Redner begrüßt, aus den Worten des Schatzsekretärs entnehmen zu können, daß nunmehr eine allgemeine Anweisung für die Verteilung der Veteranenbeihilfe erlassen werden soll.

Gothein (fr. Vgg.) bemerkt: Ich glaube, man könnte die Taler ruhig einziehen, wenn die 10 Markstücke genügend vermehrt würden. Was die Veteranenbeihilfe angeht, so lebt in Wolgast ein alter Krieger, dem nichts vorzuwerfen ist. Die Beihilfe bekommt er aber nicht, weil er das Verbrechen begangen hat, Vereinsbote des liberalen Vereins zu sein. Das Parteiwesen muß von einer solchen Sache ferngehalten werden. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, daß auch den Behörden, denen die Beschlußfassung obliegt, klar gemacht wird, daß keine Parteirücksicht maßgebend ist.

Patzig (ntl.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Resolution Hitze.

Arendt (Rp.) sagt, der Fall des Herrn Gothein beweise nichts.

Müller-Sagan (fr. Volksp.) hebt ebenfalls hervor, daß bei der Gewährung der Beihilfen die politische Gesinnung sehr oft in die Wagschale fällt.

Graf Oriola (natl.) behält sich vor, auf die Sache beim Reichsinvalidenfonds einzugehen.

Nach weiterer Erörterung über die Invalidenbeihilfen wird das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt, die Resolution Hitze angenommen und ferner debattelos der Rest des Etats genehmigt. Morgen 1 Uhr. Etat des Reichseisenbahnamts. Schluß 53 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 17. Januar.

Am Ministertische: v. Hammerstein, v. Podbielski, Schönstedt, Studt, Möller und v. Rheinbaben. Tagesordnung: Fortsetzung der 1. Beratung des Etats.

Brust (Ztr.) erklärt, seine Freunde hätten sich angesichts des Ausstandes gefragt, ob sie eine Schuld treffe. Sie könnten sagen, daß sie vorausschauend genug waren und Anträge auf Anträge stellten, die aber entweder abgelehnt oder von der Regierung nicht in die Tat umgesetzt wurden. Ob eine Vermittlung angesichts der Haltung der Arbeitgeber noch Erfolg habe, glaube er nicht. Nicht die Arbeiter hätten unter Kontraktbruch den Ausstand eingeleitet, sondern die Arbeitgeber. Die Verlängerung der Einfahrtszeit war der erste Kontraktbruch. Die Arbeiter wären Riesenesel, wenn sie sich die Schichtzeit noch verlängern ließen. Als der verdiente Vorsitzende des Bergbaulichen Vereins Hammacher erklärte, die Arbeiter dürften unter Tage nicht länger als acht Stunden arbeiten, wurde ihm der Abschied gegeben. Die Unternehmer haben ihre Zusagen, auf Grund deren im Jahre 1889 der Ausstand beigelegt wurde, nicht gehalten. Er billige nicht den Kontraktbruch der Bergarbeiter. Vor allem mißbillige er, daß auch Belegschaften ohne Grund streiken. Von einer Vereinigung der sozialistischen und der christlichen Bergarbeiter könne keine Rede sein. Der frühe Eintritt der Invalidität der Bergarbeiter beruhe auf der überaus langen Arbeitszeit. Die Berghehörde hätte längst aus sanitären Gründen eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeiführen müssen. Was in England rechtens sei, müsse auch bei uns möglich sein. Redner bespricht die Forderungen der Arbeiter, die minimal seien, und betont nochmals, daß die Zeche „Bruchstraße" kontraktwidrig gehandelt habe. Die unbegreifliche Ablehnung der Vergleichsverhandlungen seitens der Unternehmer habe zu der Erklärung des Generalausstandes geführt. Er wolle hoffen, daß auch jetzt eine Vermittlung noch möglich sei. Die Regierung müsse gegenüber dem provzigen Auftreten der Unternehmer Farbe bekennen.

Handelsminister Möller erklärt, wenn die Auffassung des Vorredners, daß alle Forderungen der Arbeiter berechtigt seien, auch von den Arbeitern geteilt werde, fehle die Grundlage für weitere Verhandlungen. Oberberghauptmann Velsen sei in das Ruhrgebiet gereist und habe die Arbeitervertreter heute nachmittag nach Dortmund geladen. Darum gehe er nicht auf Einzelheiten ein und prüfe nicht, welche Forderungen berechtigt seien, und welche nicht. Daß auf Zeche Bruchstraße ein Kontraktbruch begangen worden sei, könne er nicht anerkennen. In der Frage der Lieferung von Deputatkohlen sei die Zeche den Arbeitern nach Möglichkeit entgegengekommen. Er möchte den Appell unterstützen, daß die Arbeiter zur Arbeit zurückkehren, bis die Untersuchung abgeschlossen sei und wünsche, daß es gelinge, den Streik zum Stillstand zu bringen, damit mehr als eine Million Arbeiter vor Not und Elend geschützt bleibe. Der Minister kündigt schließlich an, daß er seine Novelle zum Bergregal in der nächsten Session vorlegen werden.

Minister Hammerstein erklärt: Durch die Androhung des Generalstreiks sei die Lage bedrohlicher geworden. Er hoffe, die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten zu können. Sollte die Polizei nicht ausreichen, so werde die bewaffnete Macht einschreiten, doch hoffe er, daß es dahin nicht komme. Gegen die Störer der Ordnung werde energisch eingeschritten werden. Vor allem würden Arbeitswillige vor Angriffen Ausständiger geschützt werden.

Hirsch-Essen (natl.) hätte gewünscht, daß der Handelsminister erklärt hätte: die Arbeiter hätten unter Kontraktbruch den Ausstand begonnen. Brust habe mit seiner Rede nur den Ausstand geschürt und seine Beilegung versucht. Wer im Ruhrgebiet lebte, hätte gewußt, daß die verbrecherische und gewissenlose Verhetzung offener und verkappter Sozialdemokraten böse Früchte zeitigen würde. Die Schürer und Hetzer seien die Veranlasser des Streiks. Auch seine Partei sei arbeiterfreundlich, unrichtmeichele aber nicht die Arbeiter, sondern sage ihnen, daß diese oder jene Wünsche unberechtigt seien.

Handelsminister Möller sagt: Ich bedaure, daß die Arbeiter unter Kontraktbruch in den Ausstand getreten sind. Ich halte die Kündigungsfrist gerade für die Arbeiter wertvoller als für die Unternehmer. Er möchte noch mitteilen, daß die Ordre, in den Generalstreik zu treten, von den großen Belegschaften nicht befolgt worden sei. Es sei also zu hoffen, daß die Zeit zu Unterhandlungen noch nicht zu spät sei.

Goldschmidt (freis. Vp.) bemerkt, Hirsch habe nicht dem Frieden gedient, dadurch, daß er von gewissenlosen, verbrecherischen Hetzern gesprochen habe, habe er den Streik auf das Schwerste verschärft. Den Volksvertretern müsse das Wohl des Ganzen am Herzen liegen.

Winkler (kons.) begrüßt dankbar, daß die Arbeitswilligen geschützt werden sollen! Die Autorität des Staates sei bei dem Streik engagiert. Er frage sich, ob die Vermittlung des Staates nicht zu spät eingetreten sei. Nicht die Sozialisten, sondern die Verführten würden die Folgen fühlen. Winkler wendet sich gegen den Staatssekretär Posadowsky, der im Reichstage einen Lobhymnus auf die Kapital-Assoziationen und die Warenhäuser gesungen habe. Aus Sorge für das Handwerk sei das Warenhaussteuergesetz geschaffen. Die Pflicht der Regierung sei es, durch einen erhöhten Zoll die Not der kleinen Besitzer zu lindern und auf alle Weise das Handwerk zu fördern. Auch die Reform der Einkommensteuer müsse dies Ziel haben. Seine Partei unterstütze nachdrücklich die Polen-Politik der Regierung, verlange aber auch rücksichtslose Anwendung der Gesetze gegen die revolutionäre Sozialdemokratie. Die Richtschnur der Regierung müsse sein: toujours en vedette! tout soit force, verve, vigueur!

Kardorff (Rp.) erklärt sich mit dem Vorredner im wesentlichen einverstanden, billigt die Polenpolitik der Regierung und wünscht einen Druck auf den Bundesrat, damit die Reichsfinanzreform durchgeführt werde. Die jetzige Wirtschaft im Reiche erinnere an die eines leichtsinnigen Studenten. Die jetzige Art der Reichsfinanzgebarung führe zu einer Reichsverdrossenheit. Wenn das Volksschulunterhaltungsgesetz im Herbst nicht vorgelegt werde, werde eine allgemeine Mißstimmung Platz greifen. Redner spricht sich gegen die Bildung neuer Regierungsbezirke aus. Man solle lieber die Selbstverwaltung weiter ausbilden.

Minister Hammerstein erklärt, es sei keine systematische Teilung der Regierungs-Bezirke beabsichtigt. Gegen die Ausführungen des Abgeordneten Winkler gegenüber dem Staatssekretär Posadowsky müsse er protestieren. Dieser stehe keineswegs auf einem kapitalistischen Standpunkt.

Schmieding (natl.) meint, die Untersuchung werde ergeben, daß erhebliche Mißstände im Ruhrgebiet bestehen. Den Hauptnährboden für die sozialdemokratische Verhetzung habe das fluktuierende Element der Polen abgegeben. Die Bewegung im Ruhrgebiet zeige die Kopflosigkeit der Führer und die Disziplinlosigkeit der Massen. Alle vier Arbeiterorganisationen hätten versagt. Vor allem sei der Schutz der Arbeitswilligen nötig, hierbei stehe die Ehre und die Autorität des Staates auf dem Spiel.

Hierauf wurde ein Schlußantrag angenommen und der Etat in seinen Hauptstellen der Budgetkommission überwiesen. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr: Ausführungsgesetz zum Reichsseuchengesetz. Schluß 3¼ Uhr.

Zur Tagesgeschichte.

Berlin, 18. Jan. Der Kaiser besucht täglich nach seinem Morgenspaziergang den Reichskanzler.

— Während der Tafel am Montag hielt der Kaiser eine sehr herzliche Ansprache an den König von Sachsen worin er u. a. bemerkte:

Es setzt dieser Besuch Eurer Majestät die Reihe der Beziehungen fort und knüpft ein Band der innigen Freundschaft zwischen uns und unseren Häusern fester, wie sie schon so lange von unseren Vorfahren gepflegt worden sind. Ich habe an den Schicksalen im sächsischen Volk teilnehmen dürfen, wie ein Mitglied desselben, ich habe mit Eurer Majestät zusammen an den Bahren zweier großer Könige, zweier Feldmarschälle und Ritter des Eisernen Kreuzes gestanden, und tief ergriffen bin ich gewesen von diesen Vorgängen, welche durch Gottes Ratschluß über Ihr Haus verhängt wurden. Ich habe dabei gehandelt nach der Überlieferung, wie ich sie von meinem seligen Großvater und meinen Herrn Vater überkommen habe, und Eurer Majestät kann ich die Versicherung aussprechen, daß das enge Band aufrichtiger und treuer Freundschaft mich mit herzlicher Freude erfüllt, und daß, was auch Gott und schicken mag, und was auch unserem Vaterlande beschieden sein mag, Eure Majestät an mir immer einen festen treuen Freund finden werden.

Hierauf antwortete der König Friedrich u. a.

Eure Majestät, in enger Freundschaft mit meinen beiden in Gott ruhenden Vorgängern verbunden, haben auch mir in der kurzen Zeit meiner Regierung Beweise wahrer Huld und Bundesfreundschaft gegeben, die mich hoffen lassen, daß das alte Band, welches unsere Häuser und Länder schon lange verbindet, sich auch unter meiner Regierung erhalte und, so Gott will, noch inniger gestalte. Eure Majestät haben mir nach der Beisetzung meines heißgeliebten Vaters versprochen, mich stets bei der Ausübung der schweren Regentenpflicht, wo immer es ginge, zu unterstützen. Ich kann diesem hochherzigen Versprechen Eurer Majestät nur die Versicherung entgegenbringen, daß stets mein Bestreben sein wird, in treuer Erfüllung meiner Pflichten als Bundesfürst das meinige beizutragen zur Erhöhung der Macht und Herrlichkeit unseres großen deutschen Vaterlandes.

Fortwährend

nehmen noch die Postämter und Landbriefträger Bestellungen auf die

Gummersbacher Zeitung

für das begonnene I. Quartal 1905 entgegen.

— Der Kaiser nahm heute mittag im Schlosse die feierliche Investitur der sechs jüngsten Ritter des Schwarzen Adlerordens vor und hielt ein Ordenskapitel ab. Von der Galerie begab sich der Kaiser in feierlichem Zuge nach dem Rittersaale. Voran schritten die Ordenswürdenträger, dann die kapitelfähigen Ordensritter paarweise, sodann die prinzlichen und fürstlichen Ritter, als letzter der Kronprinz, hinter ihm schritt der Kaiser, dem sich die Generaladjutanten, die Generale à la suite, die Flügeladjutanten sowie das Gefolge anschlossen. Im Rittersaale bestieg der Kaiser den Thron, um den die Generale, Admirale, Staatsminister und die wirklichen Geheimen Räte Aufstellung genommen hatten. Hierauf erfolgte zuerst die feierliche Investitur des Erbgroßherzogs von Mecklenburg-Strelitz, des Herzogs Ulrich v. Württemberg und des Herzogs von Anhalt, wobei Prinz Heinrich und der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz als Parrains fungierten. Der Kaiser hängte ihnen sodann das Accolade um. In gleicher Weise wurden die Generale v. Langenbeck, v. Massow und v. Plessen investiert. Hierbei waren Parrains die Generale v. Lindequist und v. Bock und Polach. Unter Fanfarenklängen begab sich der Zug hierauf nach dem Kapitelsaal, wo der Kaiser ein Ordenskapitel abhielt.

— Der König von Sachsen machte dem Reichskanzler einen kostbaren Tafelaufsatz aus Meißener Porzellan zum Geschenk und verlieh dem Staatssekretär Frhrn. v. Richthofen die silberne Krone zum goldenen Stern des Großkreuzes des Albrechtordens, sowie dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen, v. Mühlberg, das Großkreuz des Albrechtordens.

— Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beantragt die Ungültigkeit der Wahl des Polen Brejski, des Vertreters für den westpreußischen Wahlkreis Thorn-Kulm.

— Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt hat einen Antrag Arendt, die Kriegsversorgung der Truppen in Deutsch-Südwestafrika von dem Kolonialamt zu trennen und dem Kriegsminister und der Admiralität zu übertragen, abgelehnt.

— Der Hauptlehrer Nickel in Trakehnen, der durch seinen Verzweiflungskampf gegen den Landstallmeister bekannt geworden ist, ist, wie die Tägl. Rdsch berichtet, seines Amtes enthoben worden und soll schon zum 1. Februar seine Wohnung räumen. Der Mann ist gebrochen. Seine Frau liegt seit langem krank darnieder — die Familie leidet Not. Wie es heißt, soll für Nickel gesammelt werden.

— Das Herrenhaus wird erst zwischen dem 7. und 11. Februar wieder zusammentreten.

Graf Pückler wurde am Sonntag aus der dreitägigen Haft, zu der er wegen seiner Unbotmäßigkeit der Berliner Strafkammer verurteilt worden war, entlassen, von Anhängern begrüßt und mit einem Lorbeerkranz geschmückt. Er brachte ein Hoch auf die deutsche Stadt Berlin aus.

— Zahlreiche Anfragen von Ansiedlungslustigen, die sich in Deutsch-Südwestafrika niederlassen wollen, gehen der Abteilung des Auswärtigen Amtes ununterbrochen zu. Die Behörde sieht sich demgegenüber veranlaßt, vor der Auswanderung dorthin einstweilen aufs entschiedenste zu warnen. Sie empfiehlt dringend, die Wiederkehr geordneter Zustände abzuwarten, bevor man sich endgültig für eine derartige Übersiedlung entscheidet. Das Formular, das für die Beantwortung der entsprechenden Zuschriften verwendet wird, erklärt, wie die Tägliche Rundschau hört, weiterhin, daß zurzeit über die Verhältnisse der Kolonie und über Verwaltungsmaßnahmen, die nach der Niederwerfung des Aufstande zu erwarten sind, keinerlei Auskunft gegeben werden könne. Wie wir noch hören, findet gegenwärtig ein so starker Rückzug von alten Ansiedlern nach der Kolonie statt, daß auf dem am 31. d. Mts. abgehenden fahrplanmäßigen Woermanndampfer alle Plätze belegt sind und einzelne Reisende, die zu spät angefragt hatten, ihre Ausreise bis Ende Februar verschieben müssen.

Wien, 18. Jan. In der Wahlbewegung in Ungarn sind wiederum mehrere Zusammenstöße vorgekommen. Einige Liberale wurden mißhandelt.

— Die Wiener Klerikalen veranstalteten am Sonntag eine Kundgebung gegen das deutsche Volkstheater, das ein Stück von einem früheren Klostergeistlichen „Die Brüder von St. Bernhard" aufführt.

Rom, 18. Jan. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland sollen in den nächsten Tagen in St. Petersburg beginnen.

— Karinal Rampolla ist nicht unbedenklich erkrankt.

Paris, 18. Jan. Der französische Ministerpräsident Combes will im heutigen Ministerrat des Gesuch überreichen. Der Wortlaut des Gesuches wurde gestern von den Ministern festgestellt.

— Combes wurde von zahlreichen Freunden aufgefordert, in Volksversammlungen in der Provinz sein Programm zu entwickeln und die Notwendigkeit der Trennung von Staat und Kirche darzulegen.

— In den Wandelgängen der Kammer wird an dem neuen Ministerium gearbeitet. Brisson wird noch immer von Combes „letztwillig" gewünscht, hat aber wenig Neigung. Auch Rouvier soll bisher abgelehnt haben. Clemenceau dagegen ließ schon eine Art Programm verkündigen und verhandelte auch bereits mit Sozialisten. Die Sozialisten ihrerseits begünstigen Gérault-Richard. Auch Bourgeois wird genannt, weilt aber in Südfrankreich.

Newyork, 18. Jan. Die amerikanische Handelskammer in Berlin hat den Präsidenten Roosevelt gebeten, einen Gegenseitigkeitsvertrag mit Deutschland abzuschließen und die mangelhaften und ungerechten Nachprüfungen der Zollämter abzuschaffen.

Rheinland-Westfalen.

Nachdruck aller mit Zeichen versehenen Artikel ist gemäß § 18 des Urheberrechts nur mit deutlicher Quellenangabe (Gummersbacher Zeitung) gestattet.

* **Gummersbach,** 17. Jan. (Bezug ausländischer Kohlen.) Der Streik im Kohlenrevier macht sich mit seinen unangenehmen Folgen weithin bemerkbar dadurch, daß manche industrielle Betriebe an Kohlenmangel zu leiden beginnen. Man sucht sich durch den Bezug ausländischer Kohlen zu helfen. Wir waren gestern zufällig Zeuge, wie eine größere Firma in der Umgegend telegraphisch Ordre auf 25 Waggon belgischer Kohlen abgab.

* **Gummersbach,** 18. Jan. Der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz hat dem Vorstand des evangel. Erziehungsvereins der Synode an der Agger die Erlaubnis erteilt, zu Gunsten seiner Zwecke in den Jahren 1905, 1906 und 1907 je eine einmalige Hauskollekte bei den evangelischen Bewohnern der Kreise Gummersbach, Waldbröl und Wipperfürth durch die Presbyterien der Kirchengemeinden oder durch solche von diesen zu legitimierenden Personen abhalten zu lassen, die aus dem Kollektieren kein Gewerbe machen.

i. **Gummersbach,** 16. Jan. Aus dem Jahresbericht des Lehrervereins. Das Jahr 1904 hat dem Gummersbacher Lehrerverein wieder einen Zuwachs von 3 Mitgliedern gebracht; 5 Lehrer sind beigetreten, 2 sind durch Versetzung ausgeschieden; am Schlusse des Jahres betrug die Zahl der Mitglieder 38. Die Leitung des Vereins ist die alte geblieben; sie lag in den Händen des Herrn Stiefelhagen aus Hülsenbusch, dem die Herren Christe aus Gummersbach als Kassierer und Schneider aus Windhagen als Schriftführer zur Seite standen. Nur in der Person des stellvertretenden Schriftführers ist zu Anfang des Jahres ein Wechsel eingetreten; dieses Amt wurde durch Herrn Aufses-Stromdach verwaltet. Die Zahl der Vereinssitzungen betrug wie im Vorjahre 11; im Jahresdurchschnitt waren 72 Prozent der Mitglieder in den Versammlungen anwesend. Die Vorträge, die in den Sitzungen gehalten wurden, behandelten folgende Themen: „Lebensbild Wanders" (Herr Asbach), „Der Militärdienst der Volksschullehrer" (Herr Biebahn), „Über die Bewohnbarkeit anderer Welten" (Herr Riedlich), „Der Unsterblichkeitsglaube" (Herr Seminarlehrer Feuring). Der Vorsitzende referierte über „Die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der Lehrervereine des Kreises und der Bildung eines statistischen Bureaus" und ein andermal über „Das Schulkompromiß." In 4 Sitzungen wurden Berichte über Versammlungen erstattet, an denen die betreffenden Herren teilgenommen hatten, so von Kollegen Asbach über die Delegiertenversammlung in Köln, von Kollege Mücher über den religionswissenschaftlichen Ferienkursus in Bonn, von Kollege Griesang über die Provinzialversammlung in Mülheim und von Kollege Ebert über den deutschen Lehrertag in Königsberg. 3 Versammlungen waren nur den geschäftlichen Angelegenheiten und dem Gesange gewidmet. Der Plan eines Konzertes zum Besten der Oberbergischen Lehrerwitwenkasse konnte im Berichtsjahre verschiedener Umstände halber noch nicht zur Ausführung gelangen. Auch über einen öffentlichen Vortrag, den uns ein Redner des Bildungsvereins zugesagt hat, schweben noch die Verhandlungen. Dem Bildungsverein gehört unser Lehrerverein als korporatives Mitglied an. Der deutsche Lehrerverein für Naturkunde zählt 25, die Rheinische Pestalozzistiftung 13 Vereinsgenossen zu Mitgliedern. — Aus der sonstigen Vereinstätigkeit ist zu berichten, daß der von unserm Verein vorgeschlagene Zusammenschluß der Vereine des Kreises zu einem Kreisverbande auf der Ründerother Gauversammlung zur Tatsache geworden, auch ein statistisches Bureau gebildet und unter dem Vorsitz des Herrn Stiefelhagen in Tätigkeit getreten ist. Eine nach Besprechung des Schulkompromißantrages gefaßte Resolution, die sich für die gesetzliche Regelung der Schulunterhaltung und eine Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes, gegen deren Verquickung mit konfessionellen Fragen ausspricht und der Simultanschule die Entwickelungsfreiheit gewahrt wissen will, wurde dem Landtagsabgeordneten Herrn Krawinkel übermittelt. Erwähnt sei auch die Gründung einer Wohltätigkeitskasse, zu der jedes Mitglied jährlich eine Mark beiträgt und in die bei freudigen Anlässen freiwillige Gaben fließen. Bei Unterstützungsgesuchen, die des öfteren an den Verein herantreten, soll diese Kasse in Anspruch genommen werden. Eine besonders erfreuliche Erscheinung ist die, daß sich die Lehrerschaft des Seminars rege an unserm Vereinsleben beteiligt. Sie wird uns auch in dem kommenden Jahre neue Verstärkung bringen. Auch von den Lehrern der Volksschule stehen nur wenige noch abseits, und wir hoffen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, da sie alle Schulter an Schulter mit uns eintreten für unser Ziel: Förderung der Schule und des Lehrerstandes!

* **Gummersbach,** 19. Jan. (Steuererklärungen.) Wir machen darauf aufmerksam, daß die Frist zur Einreichung der Steuererklärungen für 1905 für diejenigen Steuerpflichtigen, die bereits in diesem Jahre nach einem Einkommen über 3000 Mark veranlagt waren, am kommenden Freitag, 20. Januar, endet. Wird der Termin versäumt, ohne zuvor um Befristung eingekommen zu sein, so verliert der Steuerpflichtige die gesetzlichen Rechtsmittel gegen seine Veranlagung für das kommende Steuerjahr, insofern nicht Umstände dargetan werden, die die Versäumnis gesetzlich entschuldbar machen. Wir weisen ferner darauf hin, daß diejenigen Steuerpflichtigen, welche im Bureau der Veranlagungskommission ihre Steuererklärung zu Protokoll geben wollen, sich vorher genau über ihre Einkommens- und Vermögens-Verhältnisse informieren müssen, insbesondere ist es erforderlich, daß sie sämtliche zur Verfügung stehenden Beweismittel und möglichst übersichtliche Aufstellungen über ihre Einnahmen und Ausgaben mit zur Stelle bringen.

:!: **Vollmerhausen,** 16. Jan. Am 13. d. Mts. hielt der hiesige Stenographenverein (Einigungssystem Stolze-Schrey) im Vereinslokale Gasthof Bals seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Verein hat gegenwärtig 15 aktive Mitglieder. Die Kasse, die unter der am 23. Oktober v. Js. hier abgehaltenen 24. Hauptversammlung des Oberbergischen Kreises sehr zu leiden gehabt, zeigt trotzdem noch einen Bestand von 23,13 M. am 1. Januar 1905. Für eine gute Bücherei, welche von den Vereinsmitgliedern eifrig benutzt wird, hat der Verein ebenfalls gesorgt. Sie umfaßt augenblicklich 143 Bände. Als Vereinsorgan wird der „Deutsche Stenograph" in mehreren Exemplaren gehalten. In nächster Zeit soll ein Kursus für Anfänger eröffnet werden. Zeit und Tagung wird demnächst in der Gummersbacher Zeitung veröffentlicht. In den Vorstand wurden gewählt resp. wiedergewählt: O. Dickhaus, Vorsitzender; Karl Kind, Stellvertreter und Bücherwart; Ernst Wallefeld, Kassierer; Oskar Wallefeld, Schriftführer. Als Leiter der Jugendabteilung wurde Karl Schmidt wiedergewählt.

* **Morsbach,** 15. Jan. Aus Anlaß des Bahnbaues wird mit dem 1. April ds. Js. hier eine Hilfsgendarmeriestation errichtet, die mit dem Sergeanten Pflanz vom 70. Inf.-Regt. besetzt wird, der sich zur Ausbildung augenblicklich auf der Gendarmerieschule zu Eindeck befindet.

Köln, 17. Jan. Gestern nachmittag erkranken in Deutz zwei Knaben im Alter von 10 und 12 Jahren, die Söhne eines Taglöhners, beim Schlittschuhlaufen in einer großen mit Wasser angefüllten Kiesgrube.

Koblenz, 17. Jan. Das Schwurgericht verurteilte den 20 Jahre alten Taglöhner Lindner aus Lindenau bei Leipzig wegen Straßenraubes, Widerstandsleistung und Beleidigung zu fünf Jahren, drei Wochen Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Die Gerichte geben mit Recht gegen das Unsichermachen der Straßen ziemlich

scharf vor. Vor einigen Tagen hat ebenfalls das Schwurgericht einen 19jährigen Schieferdecker wegen versuchter räuberischer Erpressung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Bacherach, 17. Jan. Nachdem bei einem zugelaufenen, inzwischen getöteten Hunde der Tollwutverdacht festgestellt worden ist wurde für die Stadt und fünf benachbarte Ortschaften die Festlegung sämtlicher Hunde für die Dauer von drei Monaten angeordnet.

Aachen, 17. Jan. Der steckbrieflich verfolgte Direktor Karl Inderfurth von den Jülicher Lederwerken in Jülich hat sich heute nachmittag in Aachen der Staatsanwaltschaft gestellt. Wie man jetzt mitgeteilt, hatte er vorher schriftlich erklärt, die über ihn verbreiteten Meldungen seien unrichtig; er sei nicht geflüchtet, sondern nur im Auftrage des Aufsichtsrates auf Reisen gegangen.

Aachen, 17. Jan. Drei höhere serbische Zollbeamte sind hier eingetroffen, um beim Hauptzollamt und bei den Zollabfertigungsstellen Templerbend und Herbesthal die Einrichtungen und die Geschäftsführung der preußischen Verwaltung zu studieren.

Düsseldorf, 16. Jan. Die Fortschritte, die das unkündbare Tilgungsdarlehen der Landesbank in den landwirtschaftlichen Kreisen macht, fallen von Jahr zu Jahr mehr in die Augen: Im Jahre 1904 wurden von der Landesbank bewilligt an solchen ländlichen Darlehen 1057 Stück im Gesamtbetrage von 13 462 703,47 M. In diesem Jahre hat die Gesamtsumme dieser Darlehen die erste hundertste Million überschritten. Sie betrug am 31. Dezember 1904: 103 930 000 M. Die Gesamtsumme der Darlehen der Landesbank am 31. Dezember 1904 betrug: 351 730 000 M.

M.-Gladbach, 17. Jan. In einer hier abgehaltenen Versammlung von Militäranwärtern wurde ein Antrag angenommen, worin der Reichstag gebeten wird, bei der Beratung des Entwurfs zum Militärpensionsgesetz „mit allen Mitteln dahin wirken zu wollen, daß erstens die Friedensinvaliden Gleichstellung mit den nach dem Gesetz vom 31. Mai 1901 zu pensionierenden Kriegsinvaliden erhalten, und zweitens die Invalidenpension der Kriegs- und Friedensinvaliden ohne Rücksicht auf deren Erwerbsfähigkeit in allen Lebenslagen unverkürzt weitergezahlt wird".

Elberfeld, 17. Jan. (Kirche und Feuerbestattung.) Wie mitgeteilt wird, hat die hiesige reformierte Gemeinde die Beisetzung von Aschenresten eingeäscherter Personen auf ihren Friedhöfen nach Maßgabe der in der Friedhofsordnung angegebenen Bestimmungen ohne jede Beschränkung gestattet. — Gestern mußte in der Mittelschule und in der an der Franzenstraße gelegenen Volksschule wegen Kohlenmangels der Unterricht ausgesetzt werden.

Barmen, 17. Jan. Gestern abend ging in der Werlestraße das Pferd eines Kohlenhändlers mit dem Wagen durch. Der Kutscher stürzte ab, blieb aber am Bock hängen und wurde etwa 25 Meter mitgeschleift. Er war sofort tot. Der Verunglückte war 44 Jahre alt, verheiratet und hinterläßt drei unmündige Kinder.

Herford, 16. Jan. Daß auch die Polizei den Kampf gegen den Alkohol aufgenommen, dürfte noch vereinzelt dastehen, und doch wird aus Herford von einem solchen Fall mit bestem Erfolge berichtet. Hier wurde zunächst auf Anlaß des Polizeihauptmanns eine „Trinkerliste" angelegt, die alle Namen derer enthielt, die als übermäßige Trinker bekannt waren. Hierauf wurden die Frauen der betreffenden Männer auf das Polizeiamt gefordert, wo sie Aussage machen mußten über die durch die Trunksucht des Mannes herbeigeführten Verhältnisse. Anfangs wollten die Frauen mit der Wahrheit nicht recht heraus, da sie Mißhandlungen von ihren Männern fürchteten; nachdem ihre Zungen aber durch gütiges Zureden gelöst wurden, gaben sie, viele mit tränenden Augen, manchmal geradezu unglaubliche Schilderungen von dem Elend und den Familienverhältnissen, die durch die trunkenen Männer verschuldet waren. Nachdem dies alles protokolliert war, wurde dem Manne in Gegenwart seiner Frau und der Polizeibeamten die Aussage verlesen und er zur Unterschrift aufgefordert. Vielfach versuchten diese Trunkenbolde abzuleugnen und die Unterschrift zu verweigern, gaben dann aber sehr bald, nachdem ihre Frauen ihnen gründlich den Kopf gewaschen hatten und ein Leugnen nicht mehr möglich war, ihre Unterschrift. Sie wurden dann mit Ermahnungen und event. Entmündigungsdrohungen entlassen. Diese Methode hat sich so vortrefflich bewährt, daß sogar das Straßenbild ein ganz anderes geworden ist, und die wüsten Szenen, wie sie früher an der Tagesordnung waren, sind verschwunden. Jetzt herrscht nicht allein bei den armen geplagten Frauen, sondern auch bei den Männern, die von ihrem Laster befreit wurden, größte Zufriedenheit über diese Einrichtung.

Eversberg, 16. Jan. (Jagdglück.) Als heute, am zweiten Tage der Treibjagd, die Jäger aus dem Waldrevier zurückkehrten, entstand in den Straßen unseres Städtchens ein außergewöhnlich reges Leben. Nicht allein die ganze Schuljugend, sondern auch viele Erwachsene liefen zusammen, um den Zug zu empfangen. An der Spitze der etwa 15 Schützen war ein mit drei stattlichen Hirschen, einem Zehnender und zwei Achtendern beladener Wagen, umgeben von den jubelnden Treibern. Drei so schön geweihte „Rothäute" waren, zusammen „gestreckt", hier noch nicht gesehen. Ein vierter, ebenfalls Achtender, der unfehlbar zur Strecke gekommen ist, soll morgen auf der Nachsuche geholt werden.

Essen, 16. Jan. Auf die Ergreifung der Mörder des aus Bremen zugereisten, aus Gera gebürtigen 18jährigen Alfred Heidrich hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Heidrich war hier in ein von zweifelhaften Frauenspersonen bewohntes Haus verschleppt, ausgeraubt, ermordet und in einen Lichtschacht geworfen worden.

Essen, 17. Jan. Die Führer der Bewegung sind bemüht, sich Geldunterstützungen zu sichern. In allen Städten des Kohlenbezirks werden vor allem die Ladenbesitzer, bei denen Bergarbeiter zu kaufen pflegen, um Unterstützungen angegangen. Wie von einer der Streikbewegung nahestehende Person erzählt, belaufen sich die bisherigen Zeichnungen auf fast 30 000 Mark. Natürlich ist das angesichts der etwa 120 000 bis 150 000 Ausständigen nicht viel.

Essen, 18. Jan. Bei der heutigen Morgenschicht streikten 175 523 Mann auf 203 Schachtanlagen.

Essen, 18. Jan. Außer der bereits gemeldeten Gesamtzahl der Ausständigen von 175 523 (gegen 122 612 bei der gestrigen Morgenschicht) sind weiter in den Ausstand getreten die Belegschaften der Zechen Alma, Eintracht II und Holland III/IV. Auf Zeche Ewald-Fortsetzung sind bisher alle Mann eingefahren.

Dortmund, 17. Jan. Im hiesigen Oberbergamte fand heute eine vierstündige Konferenz mit den gewählten Vertretern der Bergleute, dem Oberberghauptmann v. Velsen, dem Berghauptmann Baur und Räten des Oberbergamts statt. Das Endergebnis war, daß versucht werden soll, den Bergbaulichen Verein zu veranlassen, Vertreter zu einer erneuten Besprechung auf Donnerstag früh zu entsenden.

Dortmund, 18. Jan. Die Lage in den hiesigen Revieren ist im allgemeinen unverändert. Die Zahl der Arbeitswilligen ist ganz erheblich, auf Zechen Kaiserstuhl 602, Tremonia 318, Dorstfeld gegen 1100, auf sämtlichen Zechen der Harpener Gesellschaft 4499 von 22 800. Die Dortmunder Union erhielt belgische Kohlen, weshalb der Betrieb nur geringe Einschränkungen erlitt, auch Hösch wird bald den Betrieb mit fremden Kohlen wieder aufnehmen. Sonst ist alles ruhig.

Dortmund, 18. Jan. Alles Interesse wendet sich jetzt der Vermittlung zu, die für den nächsten Donnerstag in Aussicht genommen ist. Wie schon kurz gemeldet, tagte gestern nachmittag im Oberbergamt eine Konferenz. Die von Berlin entsandte Ministerialkommission, an ihrer Spitze Oberberghauptmann v. Velsen und der Präsident des Dortmunder Oberbergamts Berghauptmann Baur, hatten die Vertreter der vier Arbeiterverbände, die auch den Streikausschuß bilden, zu einer Besprechung geladen. In vierstündiger Erörterung begründeten die Arbeitervertreter die bekannten Forderungen. Das Ergebnis der Konferenz war folgendes: Die Vertreter der Staatsbehörden werden heute auch den Bergbaulichen Verein hören. Übermorgen soll dann eine gemeinsame Konferenz der Vertreter der Staatsbehörden, der Vertreter des Bergbaulichen Vereins und der Vertreter der Arbeiterverbände stattfinden. Das ist die von der Staatsregierung geschaffene Grundlage, eine Verständigung zu versuchen und eine Vermittlung herbeizuführen. Weit über die Hälfte der Gesamtbelegschaft des Ruhrreviers ist im Ausstande. Heute morgen waren es 160 000 von 270 000. Es wird bestätigt, daß die Arbeiter der fiskalischen Rheinbabenschächte bei Gladbeck sich dem Ausstande angeschlossen haben. Einzelne Ausschreitungen sind gestern an einigen Punkten vorgekommen, aber an Umfang und Folgen sind sie zur Gesamtlage von keiner Bedeutung. Stündlich treffen neue Gendarmerie- und Polizeimannschaften aus allen Provinzen ein. Allenthalben werden im Ausstandsgebiet die Wirtschaften um 8, spätestens um 9 Uhr geschlossen.

Bochum, 18. Jan. Wie dem Vorwärts gemeldet wird, sollen 180 Zechen vom Streik betroffen sein. Die Zahl der Streikenden nähere sich 200 000. Das Bochumer Revier liege fast völlig still und es sei der gestrige Versand gleich Null gewesen.

Mülheim a. d. Ruhr, 17. Jan. Es ist an das hiesige Garnison-Kommando die Order ergangen, den Anforderungen der Zivilbehörden direkt Folge zu leisten. Die Militärbehörde glaubt nicht, daß es zum Ausrücken kommen wird, da im Ausstandsgebiet noch alles ruhig ist. Infolgedessen wird in der Garnison der Dienst täglich in gewohnter Weise weiter versehen.

Hagen, 17. Jan. (Folgen des Bergarbeiterstreiks.) In den hiesigen Eisenwerken macht sich der durch den Bergarbeiterstreik hervorgerufene Kohlenmangel in einer für unsere hiesigen Arbeiter wie auch für die heimische Industrie selbst schmerzlichen Weise fühlbar. So müssen in dem Gußstahlwerk der Firma Eicken u. Co. in der Krimm 1000 Mann, in dem Stahlwerk der selben Firma in Eckesey 180 Mann notgedrungen feiern. Bei der Firma Henden und Käufer feiern 20 Mann, bei der Firma Funcke u. Elbers sind vorläufig 2 Walzstraßen und eine Anzahl Puddelöfen stillgelegt worden. Bei eingeschränktem Betrieb kann noch 2—3 Tage gearbeitet werden, dann müssen 350 Arbeiter feiern. — Seitens der Leitung der Städt. Gas- u. Wasserwerke wird mitgeteilt, daß für ersteres Werk noch 350 Waggon, für letzteres 35 Waggon Kohlen vorhanden seien, sodaß der Betrieb in vollem Umfange noch 1½ Monat aufrecht erhalten werden kann. — Die Akkumulatorenfabrik hat sich bezüglich der Kohlenvorräte gedeckt, sodaß dort Arbeitseinschränkungen nicht zu befürchten sind. Aus diesem Grunde ist auch die Leistungsfähigkeit des Städtischen Elektrizitätswerkes für die nächste Zeit nicht in Frage gestellt. Der Städtische Schlachthof hat keine großen Vorräte, kann aber Aushilfe durch das Gaswerk erhalten. Die Hagener Textil-Industrie verfügt noch über Kohlenvorräte für 14 Tage. — Die Firma Funcke u. Hueck hat durch Ankauf belgischer Kohlen die Aufrechterhaltung des Betriebes für die nächste Zeit gesichert. — Die Hagener Gußstahlwerke haben den Betrieb auf sieben Stunden täglich beschränkt. Arbeitszeit von 8—4 Uhr. Wenn in einigen Tagen Kohlen nicht beschafft werden können, muß der Betrieb eingestellt werden. Das Hasper Eisen- und Stahlwerk hat einen Teil des Betriebes stillgelegt. Einige kleinere Werke suchen über die schwere Zeit hinwegzukommen, indem sie den Beginn der Arbeit eine oder einige Stunden später festsetzen. — Die Firma Wippermann jr. kann auf dem Werke in Delstern noch 3 Wochen voll arbeiten in den Eilper Werken noch vielleicht 14 Tage mit ⅓ Schicht. Nach dieser Zeit werden ca. 700 Arbeiter feiern müssen.

Lüdenscheid, 16. Jan. Ein aufregender Vorfall ereignete sich am Samstag abend auf der Volmetalbahn in der Nähe der Station Oberbrügge. Als der mit zwei Pferden bespannte Petroleumwagen des Besitzers Rafael aus Lüdenscheid die Stelle passierte, wo die Bahn die Chaussee kreuzt, wurde das Gefährt von einem Personenzuge erfaßt. Die beiden Pferde wurden vollständig zerstückelt, während es dem Kutscher gelang, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die Pferde wurden in der Nähe der Unfallstelle verscharrt. Das Bahnpersonal soll an dem Unfall keine Schuld treffen.

Lüdenscheid, 16. Jan. (Auf in den Kampf.) Auf etwas eigenartige Weise kommt ein hiesiger Fabrikarbeiter als Freiwilliger nach Südafrika. Nach einer lustigen Kneiperei an einem Sonntage spürte der junge Mann am Tage darauf wenig Lust zur Arbeit und zog es vor blau zu machen. Am Nachmittage unternahm er dann eine Tour nach Altena, woselbst er in einer Wirtschaft einen Aufruf des Bezirkskommandos las, in welchem Freiwillige für Afrika gesucht wurden. In animiertester Stimmung begab sich der junge Mann sofort zum Meldeamt Altena, woselbst er sich als Freiwilliger stellte. Nach 2 Wochen, als er kaum noch an den Vorfall dachte, erhielt er wirklich den Gestellungsbefehl. Der Betreffende soll mit sehr gemischten Gefühlen von Lüdenscheid abgereist sein.

Lüdenscheid, 16. Jan. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich Sonntag vormittag gegen 12 Uhr in der Werdohlerstraße. In rasendem Tempo kam das 7jährige Töchterchen des Schuhmachermeisters Markes die Eduardstraße mit seinem Schlitten heruntergefahren und fuhr so gerade unter eine schwere Kippkarre, die gemächlich in der Werdohlerstraße ihres Weges entlang zog. Die Karre ging der Kleinen über den Körper und verletzte sie so schwer, daß sie gestern nachmittag gegen 5 Uhr verstarb. — An dem Unglück ist dem Lenker des Karrens keine Schuld beizumessen.

Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet.

Gesamtübersicht.

Auf insgesamt 202 Zechen wurde zurzeit der heutigen Mittagschicht (18.) gestreikt. Fast sämtliche von ihnen haben statt der dreigeteilten, die einfache Tagesschicht eingerichtet. Da jedoch seit heute mittag eine besonders große Zahl neuer Zechen vom Streik betroffen wurde, ist die Zahl der Ausständigen heute außerordentlich gewachsen. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Nichtangefahrenen in den beiden heutigen Schichten auf 154 330, davon 122 612 bei der Morgenschicht und 31 718 bei der Mittagschicht. Das macht also weit über die Hälfte der Gesamtbelegschaft des Ruhrkohlenbezirks, die sich nach amtlicher Übersicht am 30. Sept. v. J. auf 268 256 Mann belief.

Die Fehlenden sind aber keineswegs alle ausständig, es werden vielmehr vielfach Arbeitswillige durch Streikposten an der Einfahrt verhindert, oder sie bleiben auch aus Furcht vor Mißhandlungen der Arbeit fern. So wird von den Zechen Lucas, Freiberg, Karoline, Margarete und König Wilhelm gemeldet, daß die Zugänge zu den Zechen von Streikenden dicht belagert waren, während Mißhandlungen von Arbeitswilligen auf den Zechen, Bruchstraße, Viktor, Königin Elisabeth, Freiberg und Königsborn vorkamen.

Im Laufe des heutigen Tages hat der Ausstand nun auch auf die fiskalischen Gruben hinübergegriffen, die Arbeiter der Rheinbabenschächte von Gladbeck haben sich den Bewegung angeschlossen.

Vermischte Nachrichten.

Dresden, 17. Jan. Die Eisenbahnstrecke Buchholz-Weipert und die Linie Annaberg-Weipert ist infolge der Schneeverwehungen bis auf weiteres für den Verkehr gesperrt. Die Aufrechterhaltung des Personenverkehrs durch Umsteigen der Reisenden ist nicht möglich.

Holzminden, 17. Jan. Die Schiffahrt auf der Weser ist wegen Treibeises eingestellt.

Kiel, 17. Jan. Der Ausstand im Ruhrgebiet wirkt belebend auf die Kohleneinfuhr aus dem englisch-schottischen Gebiete. Der Frachtenmarkt, der sehr darniederlag, wird voraussichtlich eine Besserung erhalten. Dampfer, die bereits Winterlager bezogen hatten, stellen wieder in Dienst und gehen leer nach den britischen Kohlenhäfen.

Christiania, 17. Jan. Bei Naesdal (südöstlich vom Nordfjord) stürzte am Sonntag abend plötzlich ein Teil der das Ufer bildenden Felswand in den Loenvand. Eine dadurch hervorgerufene 20 Fuß hohe Welle riß die in der Nähe befindlichen Häuser und Menschen fort. 59 Personen sind umgekommen; bis heute wurden vier Leichen geborgen. Der herrschende starke Sturm hinderte daran, daß aus den andern am See liegenden Gehöften Hülfe gebracht werden konnte.

Russisch-japanischer Krieg.

Nagasaki, 17. Jan. Die Australien ist heute abend mit dem General Stössel, seiner Frau und 565 Russen, darunter 245 Offiziere und Frauen, abgegangen.

London, 17. Jan. Die „Morningpost" berichtet vom 16. Jan. aus Schanghai: Eine japanische Unterseebootsflottille ist fertiggestellt. Wichtige Teile der Fahrzeuge sollen vor kurzem in Amerika und England beschafft worden sein.

Paris, 18. Jan. Echo de Paris meldet aus Petersburg: Die russische Offensive steht bevor, obgleich die allgemeine Vorwärtsbewegung noch nicht begonnen hat. Kuropatkin hegt die Absicht, seine Übermacht an Kavallerie und Artillerie auszunützen, um eine starke Offensive am Hunflusse auszuführen. Kuropatkin verfügt außer seinen Spezialkorps über 350 000 Bajonette.

Paris, 18. Jan. New-York-Herald meldet aus Tientsin, Rußland habe China in unzweideutigen Worten notifiziert, daß, wenn es einen Unterschied zwischen russischer und japanischer Contrebande mache, seine Truppen in Nordchina und Turkestan einfallen würden.

Marktberichte.

Köln, 18. Jan. (Magerviehmarkt.) Auftrieb 120 Kühe und tragende Rinder, 3 Zuchtstiere. Bezahlt wurde für das Stück: Kühe 1. Sorte 500—600 Mark, 2. Sorte 400—450, 3. Sorte 300—370 M, tragende Rinder von 240—400 M, Zuchtstiere von 270—300 M. Geschäftsverlauf ruhig und bis auf einige geringere Kühe geräumt. Die Tiere waren in rheinischen, oldenburgischen, ostfriesischen sowie ost- und westpreußischen Schlägen vertreten. Die Ankäufe blieben in der Rheinprovinz.

Bonn, 17. Jan. (Schlachtviehmarkt.) Aufgetrieben waren 101 Stück Großvieh, 186 Schweine, 62 Kälber, — Schafe. Bezahlt wurden für 50 Kgr. Schlachtgewicht: Stiere 1. Sorte 64—66 M., 2. Sorte 60—62 Mark, 3. Sorte 52—58 M, Kühe 1. Sorte 64 M, 2. Sorte 58—60 M, 3. Sorte 50—55 M, Rinder 1. Sorte 64 M, 2. Sorte 58—60 M, 3. Sorte 50—55 Mark. Schweine 1. Sorte 58—60 M, 2. Sorte 55—60 Mark, 3. Sorte — M, Kälber 1. Sorte 80—85 M, 2. Sorte 75 M, 3. Sorte 70 M. Der Geschäftsgang war in Großvieh lebhaft, in Schweinen und Kälbern flott.

Beilage: Illustriertes Unterhaltungsblatt Nr. 4.

Gestern entschlief nach schwerem Leiden unser erstes Ehrenmitglied

Herr August Claas

in **Lüdenscheid.**

Der Verstorbene, ein Strombacher Kind, hat sich schon unseres Vereins zu einer Zeit treu angenommen, als dieser der Hülfe noch sehr bedurfte. Das soll dem Geschiedenen unvergessen bleiben.

Männerchor Strombach.

Strombach, den 18. Januar 1905.

Ortsstatut
betreffend die gewerblichen Fortbildungsschulen der Stadtgemeinde Gummersbach.

Auf Grund der §§ 120, 142 und 150 der Gewerbeordnung für das deutsche Reich in der Fassung des Gesetzes betr. Abänderung der Gewerbeordnung vom 30. Juni 1900 wird nach Anhörung beteiligter Gewerbetreibenden und Arbeiter für die Stadtgemeinde Gummersbach folgendes Ortsstatut erlassen:

§ 1.

Alle innerhalb der Stadtgemeinde Gummersbach beschäftigten, dem Handwerk angehörigen gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge), gleichgültig, ob sie im Handwerk selbst oder in Fabriken tätig sind, sind verpflichtet, bis zum Ende des Schuljahres, innerhalb dessen sie das 17. Lebensjahr vollenden, eine der in der Stadtgemeinde Gummersbach bestehenden öffentlichen gewerblichen Fortbildungsschulen an den festgesetzten Tagen und Stunden zu besuchen und an dem Unterrichte teilzunehmen.

Zur Teilnahme an dem Zeichenunterrichte sind jedoch nur die Bauhandwerker, Schreiner, Schmiede, Schlosser, Maschinenbauer, Anstreicher und Schneider verpflichtet. Alle übrigen Schüler können sich freiwillig an dem Zeichenunterrichte beteiligen.

§ 2.

Der Bürgermeister ist berechtigt, solche gewerbliche Arbeiter (Handwerker), welche

1. den Nachweis führen, daß sie diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen, deren Aneignung das Lehrziel der Fortbildungsschule bildet, oder
2. nachweisen, daß sie eine andere Fortbildungsschule mit den gleichen Lehrzielen und der gleichen Stundenzahl besuchen, oder
3. wegen ihres entfernten Wohnsitzes die Schulen nur mit größerem Zeitverlust zu erreichen vermögen.

vom Schulbesuch zu entbinden.

Im übrigen darf Befreiung vom Schulbesuch nur aus ganz dringenden Gründen und höchstens 9 mal im Jahre durch den Bürgermeister erfolgen.

§ 3.

Gewerbliche Arbeiter, welche nach § 1 nicht schulpflichtig sind, können auf Antrag, soweit die Verhältnisse der Schule dies zulassen, durch den Bürgermeister zur Teilnahme an dem Unterricht zugelassen werden.

§ 4.

Für jeden zum Besuche der Schule verpflichteten gewerblichen Arbeiter ist der ihn beschäftigende Gewerbe-Unternehmer, sofern er im Gemeindebezirke wohnt oder sein Gewerbe betreibt, verpflichtet, einen Betrag zu den Kosten der Unterhaltung der Schule von vierteljährlich 1,50 Mark im voraus an die Stadtkasse zu leisten. Freiwillig die Fortbildungsschule Besuchende haben denselben Betrag als Schulgeld zu entrichten. Bei nachgewiesener Dürftigkeit des zahlungspflichtigen Gewerbe-Unternehmers bezw. der Eltern oder alimentationspflichtigen Angehörigen des freiwilligen Schülers kann der Beitrag bezw. das Schulgeld durch den Bürgermeister ermäßigt oder erlassen werden. Die Gewerbe-Unternehmer können sich den Schulbeitrag von den Schulbeitrag von den Schülern resp. deren Eltern oder Vormündern erstatten lassen.

§ 5.

Zur Sicherung des regelmäßigen Besuchs der Fortbildungsschule durch die dazu Verpflichteten sowie zur Sicherung der Ordnung in der Schule und eines gebührlichen Verhaltens der Schüler werden folgende Bestimmungen erlassen:

1. Die zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichteten gewerblichen Arbeiter müssen sich zu den für sie bestimmten Unterrichtsstunden rechtzeitig einfinden und dürfen diese ohne Entschuldigung nicht ganz oder teilweise versäumen (siehe § 2).
2. Sie müssen die ihnen als nötig bezeichneten Lernmittel in den Unterricht mitbringen.
3. Sie haben die Bestimmungen der für die Fortbildungsschule erlassenen Schulordnung zu befolgen.
4. Sie müssen in die Schule sauber gewaschen und in reinlicher Kleidung kommen.
5. Sie dürfen den Unterricht nicht durch ungebührliches Betragen stören und die Schulutensilien und Lehrmittel nicht beschmutzen, beschädigen oder verderben.
6. Sie haben sich auf dem Wege zu und von der Schule jeden Unfugs oder Lärmens zu enthalten.

Zuwiderhandlungen werden nach § 150 Nr. 4 der Gewerbeordnung vom 30. Juni 1900 mit Geldstrafe bis zu 20 Mark oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft, sofern nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

§ 6.

Eltern oder Vormünder dürfen ihre zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichteten Söhne oder Mündel nicht davon abhalten; sie haben ihnen vielmehr die dazu erforderliche Zeit zu gewähren.

§ 7.

Die Arbeitgeber haben jeden von ihnen beschäftigten nach § 1 schulpflichtigen gewerblichen Arbeiter spätestens am 6. Tage, nachdem sie ihn angenommen haben, zum Eintritt in die Fortbildungsschule bei dem Bürgermeister anzumelden und spätestens am 3. Tage, nachdem sie ihn entlassen haben, ebendaselbst wieder abzumelden. Sie haben die zum Besuche der Fortbildungsschulen Verpflichteten so zeitig von der Arbeit zu entlassen, daß sie rechtzeitig und soweit erforderlich, gereinigt und umgekleidet, im Unterricht erscheinen können.

§ 8.

Die Arbeitgeber haben einem von ihnen beschäftigten zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichteten gewerblichen Arbeiter, der durch Krankheit am Besuch des Unterrichtes behindert gewesen ist, bei dem nächsten Besuch der Fortbildungsschule hierüber eine Bescheinigung mitzugeben. Wenn sie wünschen, daß ein gewerblicher Arbeiter aus anderen Gründen vom Besuch des Unterrichts entbunden werde (vergl. § 2), so haben sie dies beim Bürgermeister so zeitig zu beantragen, daß darüber früh genug entschieden werden kann. Ist dieser vorgängige Antrag untunlich, so hat er nachträglich und zwar spätestens bis zum nächsten Schultage zu erfolgen.

§ 9.

Eltern und Vormünder, welche dem § 6 entgegenhandeln und Arbeitgeber, welche die im § 7 vorgeschriebenen An- und Abmeldungen überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig machen, oder die von ihnen beschäftigten schulpflichtigen Lehrlinge, Gehülfen usw. ohne Erlaubnis aus irgend einem Grunde veranlassen, den Unterricht ganz oder teilweise zu versäumen, oder ihnen die im § 8 vorgeschriebene Bescheinigung dann nicht mitgeben, wenn der Schulpflichtige krankheitshalber die Schule versäumt hat, werden nach § 150 Nr. 4 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes betr. die Abänderung der Gewerbeordnung vom 30. Juni 1900 mit Geldstrafe bis zu 20 Mark oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

§ 10.

Dieses Ortsstatut tritt am 1. Mai 1901 in Kraft mit der Maßgabe, daß es nicht Anwendung findet auf diejenigen, welche an diesem Zeitpunkte das 16. Lebensjahr bereits vollendet haben.

Gummersbach, den 10. April 1901.

Der Bürgermeister:
gez. Bülowius.

000539

Sitzung
der
Stadtverordneten-versammlung
zu
Bergneustadt
auf Freitag, den 20. Januar cr. nachmittags 4 Uhr.

Tages-Ordnung:
1. Mitteilungen.
2. Erweiterung der Straßenbeleuchtung.
3. Anfertigung eines Kanalisationsprojekts.
4. Ergänzungswahl der Schulkommission.
5. Neuwahl der Wiesenkommission.
6. Erlaß eines Ortsstatuts betreffend Straßenreinigung.
7. Uebertragung der Fleisch- und Trichinenschau an einen hier sich niederlassenden Tierarzt.

Der Bürgermeister:
Eigen.

In das Handelsregister A Nr. 124 ist heute eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft in Firma **Schmidseifer & Kranenberg** zu **Wurden** bei Kaiserau hat die Firma geändert in **W. Schmidseifer & Sohn** daselbst. Der Gesellschafter Karl Kranenberg ist ausgeschieden und neu eingetreten als persönlich haftender Gesellschafter der Kaufmann Otto Schmidseifer zu Würden.

Gummersbach, den 17. Januar 1905.

Königl. Amtsgericht 2

Pflastersteine.

Größere Posten **Normal-Pflastersteine** 10/16 und 12/18, sowie 14/16 I. und II. Sorte werden zu **kaufen gesucht.**

Offerten frei Waggon-Verladestation an die Expedition dies. Ztg. unter G. Z. 10.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Gemeindebezirk Gimborn belegene, im Grundbuche von Gimborn — Band 27 Art. 1315 — zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Eheleute Schreiner **August Bellingroth** und **Karoline**, geb. **Schramm** in Wasserfuhr in der aus der früheren gesetzlichen Gütergemeinschaft des Rheinischen Rechts übergeleiteten Fahrnisgemeinschaft eingetragene Grundstück Flur 9 Nr. 842/419 Wasserfuhr Nr. 30, Hofraum, mit a) **Wohnhaus**, b **Fiesenstall**, 8,44 ar groß, 120 Mk. Nutzungswert, Geb.-St.-R. Nr. 1020, Grundsteuerkataster Nr. 2216 am

15. März 1905, vormittags 12 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 10 — versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. Dezember 1904 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Gummersbach, den 7. Januar 1905.

Königliches Amtsgericht III.

Bekanntmachung.

Die Prüfung der Zöglinge, welche in die Königliche Präparanden-Anstalt zu Bergneustadt, im Jahre 1905 einzutreten wünschen, wird vom 27.—29. März 1905 stattfinden.

Die Präparandenanstalt gewährt ihren Zöglingen nur den Unterricht, Wohnung und Kost haben sie sich selber zu beschaffen. Für geeignete Unterkunft in Bürgerhäusern der Stadt bietet sich ausreichende Gelegenheit.

Jeder Zögling hat ein Unterrichtsgeld von 36 Mk. jährlich zu entrichten.

Dagegen sind zu Unterstützungen für bedürftige und würdige Zöglinge Mittel im durchschnittlichen Betrage von 126 Mk. für Kopf und Jahr verfügbar.

Die Ausbildungszeit dauert drei Jahre. Aufgenommen werden nur solche Bewerber, welche spätestens bis zum 30. September 1905 das 14. Lebensjahr vollenden. Sie haben sich bis zum 1. März 1905 bei dem Vorsteher der Anstalt zu melden und folgende Schriftstücke einzureichen.

1. das Taufzeugnis (Geburtsschein),
2. einen Wiederimpfschein,
3. ein Gesundheitszeugnis, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Arzte,
4. ein Zeugnis ihres bisherigen Lehrers über Art und Erfolg des empfangenen Unterrichts oder ein Entlassungszeugnis der Schule,
5. ein Führungszeugnis von der Polizeibehörde und dem Schulinspektor ihres Wohnorts,
6. die Erklärung des Vaters, oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalt des Bewerbers während der Dauer der Ausbildung gewähren werde mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu erforderlichen Mittel verfügt.

Über die Zulassung zur Aufnahmeprüfung wird den Bewerbern demnächst eine Mitteilung von dem Anstaltsvorsteher zugehen.

Coblenz, den 19. November 1904.

Provinzial-Schulkollegium.

Spareinlagen

mit sechsmonatiger Kündigungsfrist

verzinsen wir mit **3¼ %.**

Unsere Kasse in **Dhl** (in direkter Nähe des Bahnhofes Dhl—Mönsahl) ist **geöffnet an allen Werktagen** vormittags ½9—12 Uhr, nachmittags ½3—6 Uhr, unsere Kasse in **Halver** (Hauptstraße 50) vormittags 8—1 Uhr, **Sonntag** vormittags mit Ausschluß der Kirchzeit, außerdem **Samstag** nachmittags von 2—7 Uhr.

Oberbergische Bank,
Aktiengesellschaft.

Jedermann soll es nicht versäumen, sich vor Not zu schützen und einer wirklich guten Krankenversicherung beizutreten. Dieses bietet ihm in allen Fällen am besten die

Westdeutsche Versicherungs-, Kranken- und Unterstützungszuschusskasse

für ganz Deutschland (E. H. 88) zu **Köln a. Rhein.**

Die „Westdeutsche" versichert männliche oder weibliche Personen im Alter von 14 bis mit 55 Jahren.

Beiträge . M 0,40 bis M. 1,50 wöchentlich,
Krankengeld „ 1,00 „ „ 5,00 täglich.

Arzt und Apotheke sind frei.

Das Krankengeld wird nach Ablauf jeder Woche gezahlt. Mitglieder, welche zugleich einer anderen Krankenkasse angehören, erhalten an Stelle der freien ärztlichen Behandlung und Arzneien ein um ein Viertel des Betrages ihres ortsüblichen Tagelohnes erhöhtes Krankengeld.

Agenturen sind für Bürgermeisterei Bergneustadt und Lieberhausen: Kaufmann August Katwinkel in Bruchhausen, Bürgermeisterei: Drabenderhöhe, Marienberghausen und Ründbrecht: Herr Robert Dreiholz, Bielstein. Aufnahmesuchende, sowie weitere Agenten wollen sich wenden an

Sub-Direktion Dieringhausen:
Franz Hagemann.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand der Westdeutschen Versicherungs-, Kranken- und Unterstützungs-Zuschußkasse zu Cöln.

Am Sonntag, den 22. Januar d. Js., nachmittags 4½ Uhr, wird auf Anregen der Kreissynode in **Dieringhausen, Hotel Rind,** Herr Direktor **Meyer-Hermann** aus **Volmarstein-Ruhr** einen **Vortrag** halten über:

Die Bedeutung der evangelischen Arbeitervereine u. ihre Notwendigkeit.

Alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie alle Freunde der Sache ladet der Unterzeichnete i. N. der Kreissynode zu dieser Versammlung hierdurch herzlich ein.

Eintritt für jeden Erwachsenen frei; Kinder haben keinen Zutritt.

Petersen, Superintendent.

General-Versammlung
der
Arbeiter-Ortskrankenkasse Gummersbach
am Sonntag, den 22. Januar 1905, nachmittags 6 Uhr, für die Arbeitnehmer und um 6½ Uhr für die Arbeitgeber im Lokale des Herrn Carl Thiel zu Gummersbach

Tages Ordnung:
1. Vertreterwahl.
2. Wahl des Rechnungsausschusses.

Gummersbach, den 13. Januar 1905.

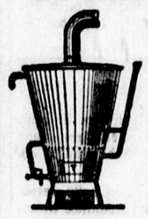
Der Vorstand.

Abreiß-Kalender

in großer Auswahl billigst in der Buchhandlung

Friedr. Luyken.

Waschkessel,



Gummersbach.

vollständig von Kupfer, mit besonders **starker Innenfeuerung,** ohne Ummauerung oder Einmauerung, **unbegrenzte Haltbarkeit,** billiger als gußeiserne oder emaillierte Kessel. **Bedeutend billigeres Brennen** und **schnelleres Kochen,** als bei jedem anderen Kessel.

Dieser Kessel sollte in **keinem Haushalte fehlen,** umsomehr, da er den teueren **Badeofen vollständig ersetzt.**

Hübsches, gefälliges Aussehen — leicht transportabel.

Auch für die **Landwirtschaft** eignet sich dieser Kessel vorzüglich als **Futterdämpfer** 2c. **Vertreter gesucht!**

Rob. Leyer,
Kupferschmiederei u. Apparatebauanstalt.

Cognac Asbach alt und edel

Asbach & Co.
COGNAC-BRENNEREI
Rüdesheim a. Rh.

¼ Flasche M. 1,80—5,50 M., auch in halben Flaschen. Literflasche M. 1,80—4,00 M.

Spezial-Marken:
Zuckerfrei M. 3.50,
Medicinal M. 4,00, M. 5,50
Weinbrand M. 4.—, M. 5,50
per ¼ Flasche.

Niederlagen:
Bergneustadt: Carl Scheffel.
Vollmerhausen: Wilhelm Nusch.

Freiwillige Feuerwehr Niederseßmar.

Am **Samstag,** den 21. Jan., abends 8½ Uhr,

Feier des Kaisers-Geburtstags.

Die Mitglieder mit ihren Damen werden freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Die Musik wird ausgeführt vom hiesigen Zitherklub.

Der
Reininghauser Männergesangverein
feiert den
Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers
am **Sonntag,** den 22. Januar cr., nachmittags 5 Uhr, im Saale des Herrn Franz Stoffel zu Reininghausen durch

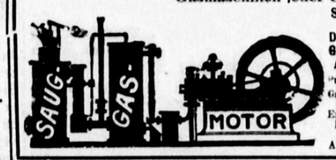
Konzert, Theateraufführungen und Tanzvergnügen.

Zu dieser Feier ladet freundlichst ein

der Vorstand.

GEBR. KÖRTING, AKT.-GES.

Filiale: **DÜSSELDORF**
Ing.-Bur. ST. JOHANN/S.
Gasmaschinen jeder Grösse.



Sauggas- und Druckgas-Generator-Anlagen.
Pumpwerke.
Gasdynamos.
Erstklassige Konstruktion und Ausführung.

Schmitz & Lohs feinste

Margarine mit dem Fisch



Fabrik-Marke.

ersetzt beste

Butter.

Ueberall käuflich.

Das beste und dichteste Dach!

Um damit zu räumen, gebe die noch vorrätigen **Cementdachpfannen,** Patent, billigst ab, ebenso die vollständige Einrichtung zur Fabrikation derselben.

Gummersbach. **P. Hansmann jr.**

Gummersbacher Turn-Verein.

Heute abend 8½ Uhr

Vorstandssitzung.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

der Vorsitzende.

Zur **Selbstbereitung** von Cognak, Rum, Likören verwende man nur einzig und allein die berühmten

Original-Reichel-Essenzen

Natürliche Destillate und Extrakte zur schnellen und leichten Herstellung aller echten Liköre etc. wie: Allasch, à la Benedictiner, Boonekamp, Stonsdorfer, Ingber, Kümmel, Kakao, Vanille, Punsch u. s. w.

Enorme Ersparnis.

Ueber 250 Sorten nur in Originalfl. für c. 2½ Ltr. à 25, 40, 50, 60, 75 Pfg. usw., bei 6 Fl. die 7te **gratis.** Man verlange ausdrücklich **Reichel-Essenzen** mit dem Lichtherz von **Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstrasse 4, und weise Nachahmungen sofort zurück. Bei **F. W. Schumacher Nachf.,** Gummersbach.


Schnell fette Zahnerz 24 Std. Bauernfreund Bauernfreund Bauernfreund